

Urner Wäscherei rüstet auf

Die Wäscherei des Kantonsspitals Uri soll in die der Stiftung Behindertenbetriebe Uri integriert werden. Das Volk hat das letzte Wort.

Christian Tschümperlin

Hier sind fleissige Hände am Werk: Bis zu 100 Tonnen Wäsche verarbeitet die Wäscherei der Stiftung Behindertenbetriebe Uri (kurz: SBU) pro Jahr. Und künftig sollen es vier bis fünfmal mehr werden. Denn in die Wäscherei des Kantonsspitals Uri soll in die SBU ausgelagert werden. Am 13. Juni befindet das Urner Volk über dieses Geschäft. Doch hat die SBU an alles gedacht? Ein Augenschein vor Ort.

Patricia Weber hat gerade den Tumbler mit Berufskleidern frisch beladen. Sie arbeitet seit dem 19. März in der Wäscherei. Gemeint ist der 19. März vor 25 Jahren. Sie erinnert sich, als wäre es gestern gewesen: «Ich durfte Probeschnupern. Zuerst war ich nervös. Doch es hat mir vom ersten Tag an gefallen. Darum bin ich immer noch da.» Damals hatte Patricia Weber eine zweijährige Lehre als Haushälterin im Salesianum in Zug abgeschlossen. «An der Schule haben wir viel gebügelt und gewaschen. Seit diesem 19. März mache ich dies jeden Tag.»

Es ist ein ganz normaler Tag in der Wäscherei: Alfred habe sie in der Pause etwas genervt. «Und gestern gab es ein bisschen Trubel und Stress. Obwohl der Vollmond vorgestern drin war», meint sie mit einem Augenzwinkern. Manchmal findet die Wäscherin auch lustige Gegenstände der Kunden in den Kleidern, beispielsweise Zähne. Es sind Episoden mitten aus dem Leben. Die Wäscherei der Behindertenbetriebe Uri ähnelt einem gut geölten Förderband. An Spitzentagen helfen bis zu 18 Hände mit.

Der Betrieb läuft wie am Schnürchen

Silvia Dittli, Leiterin der Wäscherei, führt durch das Untergeschoss der SBU, wo die Wäscherei angesiedelt ist. Es begrüßen einen viele freundliche Gesichter. «Damit wir die grosse Arbeit stemmen können, braucht es eine gute Zusammenarbeit zwischen Menschen mit Beeinträchtigung und Angestell-



Patricia Weber arbeitet seit 25 Jahren in der Wäscherei der Stiftung Behindertenbetriebe Uri. Bild: Christian Tschümperlin (Schattdorf, 29. April 2021)

ten.» Teamwork ist das A und O, betont die Leiterin der Wäscherei. «Diese Arbeit kann mit dem Spiel Tetris verglichen werden», sagt Dittli im ersten Raum, wo die Wäsche in Empfang genommen und sortiert wird. In dem Weltklassiker-Computerspiel müssen herunterfallende Puzzleteile richtig angeordnet werden. Damit die Wäsche des gerade eingetroffenen Grosskunden auch wieder dort ankommt, wo sie herkommt, ist eine ausgeklügelte und vorausschauende Logistik nötig. Jedes Wäscheteil wird zudem angeschrieben. Dittli sagt: «Man muss wirklich bei der Sache sein. Künftig sollen uns aber RFID-Chips die Identifikation der Wäsche erleichtern.»

Die Produktion der Wäscherei der Stiftung Behindertenbetriebe Uri läuft am Limit, wie

Geschäftsleiter Thomas Kenel durchblicken lässt. «Die Installation weiterer Maschinen oder das Einstellen zusätzlicher Mitarbeiter ist im Untergeschoss des Gebäudes nicht mehr möglich.» Wie also will man die Kapazitäten um bis zu 400 Tonnen jährlich steigern können?

Ökologische Energie: Dampf statt Elektrizität

Bei der Stiftung hat man einen Variantenentscheid getroffen: Zur Wahl standen ein Neubau auf angrenzendem Grundstück, einer auf dem Ruag-Areal und schliesslich eine Kooperation mit der Firma Zraggen Holding. «Wir haben uns für Letzteres entschieden, weil wir so von den Dampfleitungen der Holzschnitzelheizung profitieren können.» Der Einsatz von Dampf ist in der Wäscherei

«Wir sind angehalten, für Menschen mit Beeinträchtigung Wohn- und Arbeitsplätze zu schaffen.»

Thomas Kenel
Geschäftsleiter Stiftung
Behindertenbetriebe Uri

energietechnisch viermal effizienter als derjenige von Elektrizität. Kenel sagt: «Auf dieser ökologischen Energie baut unser Businessplan für die neue Wäscherei auf.»

Entstehen soll sie in einer Halle des Zraggen-Familienunternehmens, die aktuell noch für Wohnmobile genutzt wird. Sie befindet sich zehn Gehminuten von der SBU entfernt. «Die Halle wird umgebaut und unseren Bedürfnissen angepasst. Sie soll ab dem zweiten Quartal 2023 der neue Arbeitsort für unsere bisherigen und die zusätzlichen Mitarbeiter sein.»

Spätestens per Ende 2023 würde bei einem positiven Volksentscheid die jetzige Wäscherei des Kantonsspitals Uri in die neue Wäscherei der SBU integriert. «Wir übernehmen sogar die Angestellten des Kan-

tonsspitals, diejenigen, die das wollen. Wir brauchen einen guten Mix aus Menschen mit Beeinträchtigung und Angestellten», so Kenel. Nicht zuletzt sei bei der SBU das Fachwissen der Spitalmitarbeiter für die Spitalwäsche sehr willkommen.

Dass Spitaldirektor Fortunat von Planta das Gespräch mit der SBU suchte und die Idee anregte, deren aktuelle Wäscherei zu erweitern, dafür ist ihm Thomas Kenel bis heute dankbar. «Diese Idee entspricht dem Grundauftrag unserer Stiftung. Wir sind angehalten, für Menschen mit Beeinträchtigung Wohn- und Arbeitsplätze zu schaffen.»

Arbeitsplätze zu sichern wird schwierig

Der Neubau der Wäscherei trage dem Potenzial im Kanton Uri Rechnung. «Diese Chance wollten wir uns nicht verschenken.» Insbesondere deshalb, weil es im Segment Werkstatt zunehmend schwierig werde, genügend der entsprechenden Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. «Die Wirtschaft verlagert die Handarbeit zunehmend ins Ausland. Drecksack Kleider fallen aber immer an.» Dies erhöhe die Planungssicherheit für die SBU. Auch für die Wirtschaftsstandort Uri sei es eine gute Sache: «So können wir den Industriezweig der Wäscherei im Kanton auffangen und hier sichern.»

Die Alternative lautete denn auch, dass das Gewerbe seine Wäsche ausserkantonale reinigen lasse. «Diese Marktlücke decken wir ab», so Thomas Kenel. Als bald die Integration der Wäscherei des Kantonsspitals Uri geklappt hat, könne man über die bereits bestehenden Firmenkunden hinaus neue dazu nehmen. «So schätzen wir, dass wir dereinst bei uns bis zu 500 Tonnen Kleider pro Jahr waschen können.» Eine Win-win-Situation für alle also.

Unterdessen ist Patricia Weber bereit für die Pause. «Diese muss ich jetzt nachholen, weil unser Gespräch etwas länger gedauert hat», sagt sie, verabschiedet sich freundlich und bricht auf.

Nationalrat verzichtet auf Stärkung der Kantone

Der Nationalrat ist vorerst gegen ein zwingendes Referendum für «Staatsverträge von Verfassungsrang». Simon Stadler nimmt Stellung.

Volksinitiativen und Verfassungsänderungen werden in der Schweiz nur angenommen, wenn eine Mehrheit des Volks und der Stände Ja sagen. Dies gilt aber nicht für wichtige internationale Abkommen. Hier muss jeweils das Referendum aktiv eingefordert werden – wie dies etwa jüngst beim Freihandelsabkommen mit Indonesien der Fall war.

Diese Woche hat der Nationalrat nun über einen Vorstoss von Ständerat Andrea Caroni (FDP, AR) befunden, «Staatsverträge von Verfassungsrang» dem obligatorischen Referen-

dum mit doppeltem Mehr zu unterstellen. Nachdem der Ständerat dies im Herbst unterstützte (auch Heidi Z'graggen, Mitte, und Josef Dittli, FDP, sagten Ja), hat sich nun der Nationalrat dagegen entschieden: Mit 140 zu 50 Stimmen war er gegen Eintreten. Der Nationalrat folgte somit dem Antrag von SVP-Nationalrat und Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt. Für Eintreten waren vor allem Mitglieder von Vogts Partei, der SVP.

Auch der einzige Urner Nationalrat Simon Stadler (CVP) wollte auf das Geschäft nicht eintreten. Doch schwächt er da-

«Ich setze mich immer dafür ein, wenn man die Volksmeinung und die Stände stärkt. Aber es müssen praktikable Lösungen sein.»

Simon Stadler
CVP-Nationalrat

mit nicht die Stimme des Volkes und vor allem jene der kleinen Kantone? «Ich setze mich immer dafür ein, wenn man die Volksmeinung und die Stände stärkt. Aber es müssen praktikable Lösungen sein», sagt Simon Stadler auf Anfrage. Im Rat habe man diesbezüglich von der «Quadratur des Kreises» gesprochen. Denn welche Verträge unter dieses doppelte Referendum fallen würden, sei sehr schwierig zu definieren.

Der parlamentarische Prozess dieser Vorlage sei jedoch noch nicht abgeschlossen und Stadler betont, dass er für prak-

tikable Lösungen Hand bieten werde.

Der Urner Nationalrat unterstreicht, dass es für ihn selbstverständlich sei, dass gegen Staatsverträge wie bisher das Referendum ergriffen werden könne und dass dann diese Verträge dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten seien. Hier dürfe es keine Abstriche geben. Der Entscheid des Nationalrates hätte dies auch nicht tangiert.

Stadler gibt zu bedenken, dass die Schweiz bereits heute bei Beitritten zu supranationalen Organisationen – wie seiner-

zeit zur UNO – oder für Organisationen der kollektiven Sicherheit ein obligatorisches Staatsvertragsreferendum kenne. Das Parlament kann zudem von sich aus beschliessen, einen Vertrag dem obligatorischen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen. Dies machte es bei der EWR-Abstimmung in den 1990er-Jahren. «Eine Ausweitung ist deshalb aus meiner Sicht nicht zwingend», sagt Stadler. Denn die im Nationalrat zur Diskussion gestandene Lösung hätte keine Klarheit geschaffen.

Florian Arnold